

II-4956 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3924/1J

1992-12-04

ANFRAGE

des Abgeordneten Wabl, Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend rechtliche Konsequenzen aus den Rechnungshofberichten
 Straßenbaugesellschaften

Im Zusammenhang mit den Straßenbauten und Straßenbaugesellschaften gibt (hat) es in der Vergangenheit aufgrund von Rechtswidrigkeiten und Unregelmäßigkeiten Erhebungen, Voruntersuchungen von Behörden (gegeben).

Von besonderem Interesse sind die Verfahren im Zusammenhang mit dem ASTAG- und Pyhrn-Bericht, aber auch bzgl. Schiedsgerichtverfahren, welche im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung in der Kausa Bunkerbau Hieflau durchgeführt wurden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Welche Aktivitäten und Verfahren haben die zuständigen Behörden in den oben angeführten Angelegenheiten eingeleitet?
- 2) Seit wann sind diese Verfahren im Gange und in welchem Stadium sind sie?
- 3) Wieviele Personen sind in diesen Angelegenheiten tätig? Halten Sie diese personelle Ausstattung in Anbetracht der umfangreichen Materie für ausreichend?
- 4) Gibt es bereits abgeschlossene Verfahren und wenn ja mit welchen Konsequenzen?
 Wenn nein, warum nicht?
- 5) Hat es in diesen Verfahren von Seiten Ihres Ministeriums Weisungen gegeben?
 Wenn ja, welche?
- 6) Hat es in diesen Verfahren und Aktivitäten eine irgendwie geartete Zusammenarbeit gegeben?
 Wenn ja, welche?

- 7) Gibt es in diesen Verfahren von Seiten Ihres Ministeriums einen Schriftwechsel mit den zuständigen Behörden?
Wenn ja, was ist der Inhalt dieses Schriftwechsels?
- 8) Gibt es von Ihrem Ministerium eine wie immer geartete Einflußnahme auf die zuständigen Behörden (mündlich, schriftlich, telephonisch, etc.)?
- 9) Gibt es außer Wien, Graz und Innsbruck noch andere Gemeinden, in denen diese Verfahren gerichtlich behandelt werden?